2. Beilage zu Nr. 26 des General-Anzeiger für Halle u. den Saalkreis.

Freitag den 31. Januar 1896.

Aus der Chronik des Saalkreises.*)

Von E. Beiche-Eismannsdorf.

(Nachdruck verboten.)

I.

Hohenthurm.

Das Dorf Hohenthurm nebst Rosenfeld liegt im östlichen Theile des Saalkreises, an der sog. Berliner Chaussee und unweit der Berlin-Anhalter Eisenbahn. Es ist ein sehr alter Ort und war schon früher mit R. dergestalt vereinigt, daß beide fast als Eins zu rechnen waren, trotzdem beide heute noch selbstständige Gemeinden bilden. Es bestand vor länger als hundert Jahren aus 71 Feuerstätten, nämlich 16 in Hohenthurm und 55 in Rosenfeld. Vor 75 Jahren zählte Hohenthurm 147 Einwohner in 31 Wohnhäusern, Rosenfeld 141 Einwohner in 37 Wohnhäusern.

Das Rittergut Hohenthurm-Rosenfeld führt seinen Namen von dem auf dem adeligen Hofe stehenden großen Thurm, der aus Bruchsteinen aufgeführt ist und spätestens im 12. Jahrhundert, wenn nicht noch früher, erbaut worden ist, also dem Petersberger Kloster im Alter nicht nachsteht. Der Thurm ist in weiter Umgegend zu sehen, und soll ehemaligen Raubrittern gute Aussichten geboten haben. Er ist vermuthlich der einzige Ueberrest einer alten Burg, die aller Wahrscheinlichkeit nach zur Zeit Karls IV. zerstört worden ist.

Der adelige Hof liegt nahe bei der Kirche auf einem erhabenen Felsen, besitzt ein schönes Wohnhaus, das neuerdings mit einem Thürmchen geziert worden ist, und gute Wirthschaftsgebäude. Rings umher war er schon früher mit hohen, dinchaus massiven Mauern umgeben. Auf Hohenthurm, das schriftsässig war und bei der Magdeburgischen Regierung zu Lehn ging, hoftete ein Ritterpferd; so auch auf Rosenfeld, das aber bei der Lehnkammer in Dresden zu Lehn ging und amtssässig unter das Amt Delitzsch gehörte. Als Mannlehn stand es später in Ansehung der Realjurisdiktion unmittelbar unter dem Oberlandesgerichte zu Naumburg, mit Ausnahme von 34 Aeckern zweischürtiger Wiesen bei Holzweißig (unweit Bitterfeld), nebst den auf dem jog. Graben stehenden Holzungen, welche der Realjurisdiktion des Landgerichts zu Wittenberg unterworfen waren; auch hatte Hohenthurm sein eigenes Patrimonial-Gericht. Bei beiden behalten sich auch die Ober- und Untergerichte über beide Dörfer, die Braugerechtigkeit zum freien Kaufe, 23 Hufen Landes guter, tragbarer Boden, meistentheils in einer Flur, 4 Teiche, 5 Gärten, Steinbrüche, Gelette, Frohdienste und die Geleitsfreiheit in den kursächsischen Landen, weitläufige Niederjagden und zwar auf den Ritterfeldern im Sächsischen privatim und in den Feldmarken des Amtes Delitzsch Koppelsjagd. Das peinliche Halsgericht fand, so viel es H. betraf, auf einem unweit des adeligen Hofes gelegenen Berge bei dem draus stehenden „Rabenstein" statt. Für Rosenfeld galt als Gerichtsstätte der sog. „Rammelsanger." Auch waren für jedes der beiden Dörfer besondere Richter, Schöppen und Bauermeister verordnet. Vor Zeiten hatten auch beide Dörfer ihre eigenen Gutsherren, welche nach ihnen den Namen führten. Zu jener Zeit gehörte Hohenthurm-Rosenfeld zu Landsberg; sie hatten aber, wie gesagt, ihre eigenen Herren, die „Burgmänner" von Landsberg waren. Unter den Letztern wird u. a. Hermann von Rosenfeld erwähnt und zwar in der Chronik des Petersberges. Hans von Hohen Thume (Hohenthurm), der letzte seines Geschlechts, wurde vom Erzbischof Peter mit dem Hofe, der Kirche und allen Rechten, den Gerichte über Dorf und Feld nebst Lehnen und Zinsen beliehen. Nach dem Tode desselben fielen die Güter, unter diesen auch Hohenthurm, an den Erzbischof Albrecht als erledigtes Lehnsgut zurück, welcher es im Jahre 1378 an Leonhardt von Struben verkaufte. Weitere Besitzer der Rittergüter waren die Herren von Trotha (1438), von Dieskau, von Rauchhaupt, von Zastrow, von Bork, Kriegsrath Schwarz, Hofstaatsrath von Lüdecke ꝛc. Jetzt ist das Rittergut im Besitz des Königl. Sächsischen Kammerherrn von Wuthenau. — Einer der Herren von Rauchhaupt, Hans von Rauchhaupt, hatte im Jahre 1465 einen Streit mit dem Rathe in Halle, da er einen zahmen Hirsch, der aus dem halleschen Stadtgraben entsprungen war, gefällt hatte.

In Hohenthurm lag früher die sog. „Bergschenke", die dem adeligen Hofe gehörte und bei der ein Gelette erlegt werden mußte. Auch in Rosenfeld befand sich eine Schenke, welche, wie die Bergschenke, ihr Bier vom Gute beziehen mußte und über den Preis des Bieres noch eine bestimmte Niederlage zu entrichten hatte.

Das auf dem Gute gebraute Bier führte den sonderbaren Namen „Eselsblecker", weil das zum Brauen benöthigte Wasser auf Eseln zum Berge hinauf geschafft wurde. Späterhin legte man auf dem Hofe einen 40 Ellen tiefen Brunnen an, der in den Felsen gehauen wurde.

Im Jahre 1272 verlieh Markgraf Dietrich von Landsberg $4^1/_2$ Hufen zu Hohenthurm an das Nonnenkloster St. Georgen, welcher dieselben dem Heinrich von Landsberg abgekauft hatte.

Am 8. Oktober 1663 brannten in Hohenthurm durch Verwahrlosung eines blinden Weibes 13 Höfe nebst allen Gebäuden und Vorräthen ab. Zwanzig Jahre später, am 28. April 1683, legte ein brandenburgischer Soldat, der hier im Quartier lag, boshafter Weise Feuer an, bei dem das adelige Vorwerk, die Pfarre und mehrere Gebäude mit allem Vorrath in Asche gelegt wurden. Auch ein kleines Kind verlor bei dieser Gelegenheit das Leben. Am Abend des Sonntag Oculi 1686 brach abermals ein Feuer aus, bei dem 11 Gehöfte abbrannten. Im Jahre 1869, am 9. März, brannte ein Gehöft und die Pfarrschenne nieder. Eine andere Feuersbrunst war im Jahre 1873.

Noch zu merken sind schließlich die bei dem Dorfe liegenden beiden wüsten Dorfstätten Altendorf (Altorph) und Melwitz (Melbitz), ebenso Namelitz. Altendorf wird bereits im Jahre 1476 in einem Lehnbriefe als „wüstes Dorf" bezeichnet.

Noch gedenken wir einer Persönlichkeit aus Hohenthurm, des Lehrers Johann Lex, welcher das Schulamt des Dorfes 62 Jahre lang verwaltete und am 1. Oktober 1673 im 92. Lebensjahre starb.

Schließlich bemerken wir, daß die Pfarrkirche des Dorfes im Bezirke des Rittergutes liegt und sehr alt ist; denn ihrer wird bereits im Jahre 1385 gedacht. Auf dem Thurme hingen schon früher 3 Glocken, von denen die eine im Jahre 1475 gegossen worden ist. Das jus patronatus über Kirche, Schule und Pfarre gehörte schon seit alten Zeiten zum Rittergute. Neben der Kirche liegt das adelige Begräbnißgewölbe.

*) Unter dieser Rubrik geben wir unseren Lesern interessante Mittheilungen über die Ortschaften des Saalkreises.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung. $1^1/_2$ Uhr Nachmittags.

ℌ Berlin, 29. Januar.

Bei Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder anwesend.

Verhandelt wird der Antrag Barth (freis.) auf Annahme eines Gesetzes, betr. die Aenderung des Wahlgesetzes zur Sicherung des Wahlrechts (Abgabe der Stimmzettel in Umschlägen und Schaffung von Vorrichtungen, damit der Wähler unbeobachtet den Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag.)

Abg. Rickert (freis.): Der Antrag beschäftigt Sie heute schon zum sechsten Male; er hat sich von Jahr zu Jahr mehr Freunde erworben. In Baden ist es sogar die Regierung selbst, welche ihrem Landtage einen entsprechenden Gesetzentwurf unterbreitet hat. Ich darf Sie daher wohl kurz bitten, den Antrag anzunehmen und kann nur hoffen, daß die verbündeten Regierungen ein Gleiches thun werden.

Abg. Bassermann (natlib.): Wir werden dem Antrage zustimmen. Der Herr Vorredner hat bereits auf Baden hingewiesen. Die badische Regierung hat sogar in den Motiven zu ihrer Vorlage, die von diesem Antrage nur in kleinen Einzelheiten abweicht, ausdrücklich die Nothwendigkeit anerkannt, das Wahlgeheimniß und damit die Wahlfreiheit mehr zu sichern.

Abg. Schädler (Ctr.): Es ist selbstredend, daß auch wir dem Antrage zustimmen. Wir hoffen auch, daß die verbündeten Regierungen dem guten Beispiel der badischen folgen werden. Das Abstimmungsgeheimniß bedarf in der That größerer Garantien. Es liegt das auch im Interesse der Gerechtigkeit.

Abg. Frhr. v. Stumm (freikons.) bezeichnet es als fraglich, ob durch Annahme dieses Antrages das Wahlrecht mehr gesichert würde. Auch dann nämlich würden sich Elemente finden, welchen es gelingen würde, die Heiligkeit des Wahlrechts zu durchbrechen. Ein unbedingtes Wahlgeheimniß sei überhaupt nicht zu schaffen. Und wenn man dies könnte, so würde es den Konservativen zu Gute kommen, denn was diese schädige, sei doch nur die Wahlfreiheit. Wolle man alle Schäden ernstlich beseitigen, so müsse man die geheime Stimmabgabe überhaupt abschaffen.

Abg. Blos (Soz.) spricht sich für den vorliegenden Antrag aus, dabei u. A. auf die im Königreich Sachsen bestehende Absicht einer weiteren Beschränkung des Wahlrechts hinweisend. Herr v. Stumm hat heute sehr sanft gesprochen, denn erst unlängst, dem Umsturzgesetz, hat er ja die Haltung seiner Seite aufgethan und gemeint, die Sozialdemokraten müßten eigentlich überhaupt ihr Wahlrecht verlieren. Und andererseits ist ja auch schon die gewaltsame Umänderung des Wahlrechts offen als Wunsch ausgesprochen worden. Um so erfreulicher ist es, daß solchen demagogischen Absichten gegenüber das Haus in seiner Majorität für den Antrag ist.

Abg. Förster (Antisemit) spricht sich gleichfalls für den Antrag aus, weil durch denselben eine bedrohliche Fälschung des Wahlrechts verhindert wird.

Abg. Beckh bekämpft die kommissarische Berathung im Namen der freisinnigen Volkspartei als unnöthig und erbittet sofortige Annahme.

Abg. v. Volksslegier (Pole): Wir werden geschlossen für den Antrag stimmen, sowohl aus allgemeinen, wie aus besonderen Gründen. Als solche nennt Redner den Zwang, der bei der Wahl von deutschen Großgrundbesitzern auf ihre polnischen Arbeiter ausgeübt werde.

Abg. Groeber (Ctr.) spricht sich gegen die vom Abg. Förster beantragte Verweisung an eine Kommission aus. Besonders will ich noch bemerken, daß auch die jetzt im württembergische Regierung zugesichert hat, für die Landtagswahl spätestens bis zur nächsten Session ähnliche Bestimmungen einzuführen, wie dies jetzt im Großherzogthum Baden geschieht, und wie der vorliegende Antrag sie vorschlägt. Es kann also unmöglich etwas dabei sein, diese Neuerung bei den Reichstagswahlen uneingeführt zu lassen.

Abg. Windewald (Antisemit) ist für den Antrag und dessen sofortige Annahme.

Abg. Schönlank (Soz.) ist derselben Ansicht. Redner spricht von einem „unerhörten Attentat" auf das bestehende Landtagswahlrecht in Sachsen, welches dortige Konservative und die Regierung planten, und wird schließlich vom Präsidenten ersucht, bei der Sache zu bleiben. In Erwägung dessen, in Erwägung des Wunsches des Abg. von Stumm, den Sozialdemokraten überhaupt das Wahlrecht zu nehmen, in Erwägung endlich, daß die Staatsstreichgelüste immer lebhafter auftreten, hat der sächsische Abg. Antisem. Wahlrecht und Wahlfreiheit sicher zu stellen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Der Herr Präsident hat bereits bezüglich der Angelegenheit in Sachsen, von der ich übrigens nichts weiß (Stürmische Heiterkeit), gesagt, daß dieselbe nicht hierher gehöre. Sollte das Wahlrecht in Sachsen geändert werden, so ist nur die Partei des Vorredners daran schuld. Wer hat denn das sächsische Wahlrecht so sehr angegriffen? Die Partei des Vorredners. Weiter habe ich nichts zu sagen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) ist — Namens seiner Partei gegen den Antrag. Sollte das Wahlrecht geändert werden, so dürfte das nicht so einseitig geschehen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind übrigens unpraktisch.

Abg. Schönlank: Wenn Graf Hohenthal nicht weiß, daß der sächsische Minister des Innern ausdrücklich im dortigen Landtage erklärt hat, auf die Wünsche der sächsischen Konservativen und Nationalliberalen eingehen zu wollen, so weiß er eben nicht, was in Sachsen vorgeht.

Graf Hohenthal: Wenn der Redner meint, daß sich mit dem bestehenden Wahlrecht in Sachsen auskommen läßt, so übersieht er, daß seine Genossen in der sächsischen Kammer wiederholt Anträge auf Abänderung des Wahlrechts gestellt haben. Und erst auf jene Anträge hin erfolgte die vom Vorredner erwähnte Antwort. Ob dem Folge gegeben wird, das weiß ich nicht, ob Herr Schönlank mir das glaubt, das weiß ich auch nicht.

Abg. Windewald (Antisem.) wendet sich gegen den Abg. Grafen Limburg-Stirum und bemerkt, er sei stolz darauf, daß seine bürgerlichen Ahnen Arbeiter gewesen seien und nicht Strauchritter. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abg. Lieber (Centr.) wirft den Konservativen vor, in Preußen das Wahlrecht verschlechtert zu haben und jede Verbesserung desselben zu verweigern.

Abg. Graf Limburg bestreitet das.

Abg. Fuchs (Ctr.) behauptet ebenfalls, daß die Konservativen Gegner des gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrechts seien, was sich ja auch durch offene Staatsstreichgelüste bekundet hätte.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Wir wollen keinen Staatsstreich, aber auch keine Machverschiebung. Wenn an der einen Stelle versucht wird, dann müsse an der anderen ein Ausgleich stattfinden.

Abg. Lieber (Ctr.): Wie denkt sich denn Vorredner diesen Ausgleich? Jedenfalls wollen die Konservativen das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, das sie verschlechtern, nicht wieder verbessern. Wählen doch jetzt Minister in Berlin in der dritten Klasse.

Abg. Fuchs (Ctr.) verliest eine Wahl-Aeußerung des Grafen Mirbach im preußischen Herrenhause und fragt: Der Herr steht Ihnen doch nah? (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte, der Antrag wird gegen die Stimmen von Konservativen und Freikonservativen in erster und zweiter Lesung angenommen. Hinzugefügt wird noch der Satz: „Beweiserhebungen, welche der Reichstag behufs Prüfung einer Wahl beschließt, sind als Eisachen zu behandeln."

Es folgt die Berathung der Anträge Auer bezw. Ancker, betr. unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht innerhalb des ganzen Reiches unter Aufhebung aller entgegenstehenden landesgesetzlichen Vorschriften.

Abg. Auer (Soz.) weist darauf hin, daß das württembergische Recht diesem Antrage ungefähr entspreche. Wenn das württembergische Vereinsrecht Gemeingut von ganz Deutschland werde, werde seine Partei ihren Antrag fallen lassen. Redner verlangt auch für Minderjährige das Recht zum Vereinsbetritt, denn die Vereinsthätigkeit wirke erzieherisch. Auch den Frauen gebührt das Recht zur Theilnahme an politischen Vereinen. Die heutigen Vereinsgesetze sind aus der Reaktionszeit und entsprechen den modernen Verhältnissen in keiner Weise. Redner bringt einzelne Beispiele für die Strenge der Vorschriften in den einzelnen deutschen Bundesstaaten. In Reuß älterer Linie darf es überhaupt keine politischen Vereine geben, in Mecklenburg nur mit hoher ministerieller Bewilligung. In ganz Deutschland sind 26 Vereinsgesetze. Alle vorhandenen Ungleichheiten wollen wir beseitigen. Unseren Parteivorstand in Berlin hat man auf Grund des preußischen Vereinsgesetzes aufgelöst. Wir haben ihn darauf nach Hamburg geschickt, denn da kann er thun, was in Preußen 3 Monate einbringt. Andere Parteien dürften ungestraft sich organisiren, während wir stets mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen müssen. 5 Jahre haben wir Ruhe gehabt, bis mit einem Male Herr v. Köller gegen uns eine neue Aktion eröffnete. Redner kommt dann auf die konservative Partei-Organisation zu sprechen, die auch nicht anders als wie die sozialdemokratische sei. Weiter geht Redner auf Fälle von behördlichem Mißbrauch bei Versammlungen ein, die namentlich in Sachsen vorkämen. Was anderen Parteien gestattet wird, wird uns rücksichtslos verboten. Ich konstatire hier vor aller Welt, daß auf diesem Gebiet in der absichtlichsten Weise mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Bund der Landwirthe und der Centralverband deutscher Industrieller verstoßen auch gegen das Vereinsgesetz, aber diesen passirt nichts. Die Arbeiter müssen das Koalitionsrecht haben. Erfolgt heute eine Hinweisung auf einen Streit, dann giebt es eine Anklage wegen groben Unfugs, die Unternehmer dagegen, die schwarze Listen führen, haben Nichts zu erwarten. Hier sollte man der Unzufriedenheit der Arbeiter entgegentreten. Der Redner wendet heute als Bürger zweiter Klasse behandelt. In den „Hamb. Nachr." ist gesagt, man solle die Arbeiter zur Verzweiflung treiben. Das zeugt von einem Abgrund tiefer Gemeinheit bei dem Hintermann der „Hamb. Nachr." (Große Unruhe rechts und Rufe: zur Ordnung.) Auch Herr Stöcker und die Agrarier sind ja jetzt gemeingefährliche Agitatoren. Lassen Sie der Justiz die Binde vor den Augen.

Das Haus vertagt sich bis Donnerstag 1 Uhr (Etat.)

Haasenstein & Vogler, Act.-Ges.

Aelteste Annoncen-Expedition. Comptoir: Schmeerstr. 20, I.

Telephon-Anschluss Nr. 591.

Beschwerden über unpünktliche Zustellung der „General-Anzeiger" bitten wir ungesäumt unsere Expedition in der Zinksgartenstraße 13, anzeigen zu wollen.

Wahlverein der Mittelstandspartei.

H Halle, 29. Januar.

In der gestrigen Versammlung des seit 1895 hier bestehenden Wahlvereins der Mittelstandspartei erörterte der Vorsitzende Herr Dr. Borst zunächst die Ursachen der Mittelstandsbewegung. Sie habe ihre älteste Wurzel in denjenigen Handwerkerkreisen, welche, vom Manchesterthum zurückgestoßen, mit ihren auf die Herstellung geordneter Handwerksverhältnisse abzielenden Bestrebungen sich mehr nach der rechten Seite des politischen Lagers gewandt haben oder die Dinge abwartend ohne politische Fühlung blieben, bei denen aber jetzt die Erkenntniß um sich greife, daß auch für ihre Sache ein Zusammengehen mit dem ganzen städtischen Mittelstande das Förderlichste ist. Jüngeren Ursprungs seien die Gründe, welche den Gedanken einer Mittelstandspartei auch in kaufmännischen Kreisen populär gemacht haben. In neuerer Zeit sei dem Handel in dem immer mehr sich ausbreitenden Konsumvereinswesen eine gefährliche Konkurrenz erwachsen, die noch durch die Waarenhäuser und das Filialumwesen verschärft werde. Ein Kaufmann aber, der diese üppig wuchernden wirthschaftlichen Freiheiten eingeschränkt sehen wolle, werde dadurch veranlaßt, auch die verwandten Kämpfe anderer Berufskreise mit seinen Sympathien zu begleiten und sie auf ihren berechtigten Kern hin zu prüfen. Die Zügelung des Egoismus, die Verweisung des Erwerbssinnes in gewisse Schranken, die auch dem Anderen sein Brod lassen, die Zurückdrängung der Suprematie des Geldes in jederlei Gestalt, das sei der Boden, auf dem sich Kaufmann, Handwerker und Arbeiter zu gemeinsamem Thun zusammenfinden können. Neuestes Datums sei die politische Bethätigung des Hausbesitzes, der in vieler Beziehung mit dem Wohl und Wehe der gesellschaftlichen Zustände eng verknüpft sei. Das widerspruchsvolle Benehmen der maßgebenden alten Parteien könne den Hausbesitz, der nur Gerechtigkeit verlange, nicht befriedigen. Die alten Parteien möchten gern jeden Arbeiter zu einem kleinen Hausbesitzer machen; zu gleicher Zeit billigten sie aber die steuerliche Ueberbürdung und verschärften sie noch im neuen Kommunalsteuer- und neuen Stempelsteuergesetze. Es sei die unvermeidliche Folge der stiefmütterlichen Behandlung des Hausbesitzes durch alle einflußreichen Faktoren, daß auch dieser Stand aus seiner bürgerlichen Friedfertigkeit aufgerüttelt werde. Die Mittelstandspartei wolle nicht gegen die Vorzüge des Liberalismus oder Konservativismus ankämpfen; sie sei vor allem eine wirthschaftspolitische Partei. Als solche fordere sie eine gerechtere Festlegung der Grenzen zwischen dem Belieben des einzelnen und den Rücksichten auf das Gesammtwohl. Der Egoismus mag als treibende Kraft der Volkswirthschaft beibehalten werden, aber er habe in seine gehörigen Grenzen zurückzuweichen, sobald das Ganze seine Unterordnung fordere. Nach der anderen Seite hin könne die neue Partei durchaus nicht mit den Bestrebungen sympathisiren, welche das Privateigenthum aufheben und den guten Arbeiter so schlecht wie den weniger guten besolden wollen. Eine so weit gehende Fesselung vertrage die menschliche Natur nicht. Mit diesen Grundsätzen könne die Partei auch den Ansprüchen der abhängigen Lohnarbeit entgegenkommen, für welche sie eine freiwillige Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiter wegen eines etwaigen Eingreifens des Staates hinsichtlich der Arbeitszeit, des Arbeitslohns, der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsordnungen erwartet. Mit dem altpreußischen Wahlspruche, daß jedem Stande sein Recht werden solle, genülge die Partei zugleich der vom Reichswahlgesetz vorgezeichneten idealen Pflicht, schon in der untersten Instanz einen Ausgleich unter den verschiedenen Erwerbsständen anzubahnen. Die Rede schloß mit einem Hinweis auf das in allen Mittel- und Großstädten sich bemerkbar machende Bedürfniß für die geschlderte politische Richtung und mit der Mahnung, das Bürgerthum seiner politischen Lethargie zu entreißen und sich selbst zurückzugeben. — An der Besprechung des Themas betheiligten sich namentlich Herr Kaufmann A. Nauendorf und Herr Maurermeister Friedrich, die sich ebensalls in obigem Sinne aussprachen. Die Erörterung hinterließ den Eindruck, daß man in der Auffassung einig war, es sei höchste Zeit, daß das Bürgerthum sich gegenüber dem Radikalismus auf der einen und dem Drucke des Großkapitals auf der anderen Seite enger zusammenschließe.

Der Bauschwindel war deshalb auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil der Verein auch daran zeigen wollte, daß er nicht einseitigen Standesinteressen diene, sondern für das Gesammtwohl eintrete, ferner, weil noch kein politischer Verein hierselbst den Gegenstand behandelt habe, endlich, weil derselbe noch nicht gesetzgeberisch erledigt sei. Es wurde auf die großen Schäden, die der Bauschwindel angerichtet hat, hingewiesen und als eine Hauptquelle die bisher zugelassene zu weit gehende bauliche Ausnützung des Bodens bezeichnet, welche die Baustellenbesitzer zur beschleunigten Verwertung ihres Bodens anreize. Im Innern der Städte schaffe man mit großen Kosten Licht und Luft, während in den äußeren Stadttheilen wieder kleine Höfe, hohe Hinterhäuser ꝛc. durch die Baustatute bewilligt würden. Die von den hygienischen Kongressen aufgestellte Forderung einer weitmäumigeren Bebauung sei sehr willkommen zu heißen, da sie auch dem Bauschwindel einen Riegel vorschiebe. Die weitere Besprechung des Gegenstandes mußte wegen Erkrankung des Referenten vertagt werden. Eine größere Zahl Beitrittserklärungen beschloß die Zusammenkunft.

Winterfahrplan.

Abfahrt nach:	Ankunft von:
Magdeburg: 12²² B. (b. Cöthen), 5¹² B., 7¹⁷ B. 1—3, 10⁵ B., 11⁰⁰ B. (b. Cöthen), *11⁸⁸ B., 1⁸² N. 1—3, 3²⁵ N., 5⁵⁸ N., *7¹⁴ N., 8⁴⁹ N. 1—3, *10⁴⁸ N.	**Magdeburg:** 2⁴⁴ B., 7¹⁰ B. (von Cöthen), *7²⁶ B., 9³⁸ B. (v. Cöthen) 10⁵ B., *10⁵⁹ B., 1²⁹ N. 1—3, 3³⁹ N., *5¹⁵ N., 6⁵⁸ N., 9¹² N. 1—3 *10⁵⁹ N.
Leipzig: 2⁵⁷ B., 4³³ B., 5⁴⁵ B., 6⁴⁹ B., * 7³⁰ B., 7⁴⁶ B., 9¹⁸ B., 10²² B., *10⁴⁴ B., 11⁵² B., 1⁴³ N. 1—3, 3⁵² N., *5¹⁷ N., *5⁵⁵ N., 6⁵⁰ N., 7¹³ N., 8⁴² N., 9¹⁰ N. 1—3, *11¹⁵ N., 11⁵⁸ N.	**Leipzig:** 12¹¹ B., 5⁵ B., 6³⁹ B., 7¹¹ B. 1—3, 7⁴⁹ B., 9⁴⁶ B., 10³⁵ B., *11³⁵ B., 1¹⁷ N. 1—3, *1²⁷ N., 3⁵⁹ N., 4³⁸ N., 5⁵⁴ N., 6¹⁵ N., *7⁹ N., 7⁵⁸ N., 8⁸⁵ N. 1—3, 9³¹ N., 10²⁰ N., *10⁴⁴ N.
Aschersleben-Halberstadt: 5¹² B., 7⁵⁷ B., 11⁴² B., *1³⁰ N., 5¹⁷ N., 6³⁵ N., 10²³ N. (bis Halberstadt, von da ab Schnellzug nach Aachen).	**Aschersleben-Halberstadt:** 6²³ B. (v. Cönnern, nur Werktags.) 7³⁵ B., 10¹² B., 12⁸⁸ N., 5⁷ N., *5⁵² N., 9¹⁰ N., 11⁵¹ N.
Nordhausen-Kassel: 5³⁰ B., 6⁵⁴ B. (bis Nordhausen), 9¹⁴ B., *11⁰⁰ B., 2⁰⁰ N. (bis Eisleben nur Sonn- u. Festtags), 2²⁰ N., 4³ N. (b. Nordhausen), 6² N., *10⁵⁵ N., 11¹⁰ N. (bis Nordhausen).	**Nordhausen-Kassel:** 6⁵⁵ B. (von Nordhausen), *7²⁰ B., 9⁵⁵ B., 1²² N., 3²⁵ N. (von Nordhausen), 5²³ N., 7⁵⁵ N. (von Eisleben nur Sonn- u. Festtags), *8¹⁰ N. 10⁴⁶ N.
Berlin-Anhalt: 12²⁸ B., *3⁵⁸ B. D 4²⁷ B., 7⁴⁴ B., *9¹² B., 11¹² B., 1⁵² N., *5⁵¹ N., 5⁴⁶ N., *8²⁸ N., 8⁴⁷ N. (b. Bitterfeld), D 9⁴⁷ N.	**Berlin-Anhalt:** 2⁵⁹ B., 5⁴ B., 7⁸⁸ B. (von Bitterfeld), D 9⁵⁵ B., 10¹⁶ B., *10⁴⁴ B., *11²³ B., 2⁷ N., 5²⁰ N., *7³² N., 9⁴ N., 11⁸ N. D 11⁵⁸ N.
Soran-Guben: 7⁵¹ B., 11¹⁴ B., *2¹⁵ N., 6²³ N., 11¹⁰ N. (bis Torgau.)	**Soran-Guben:** 7³⁶ B. (v. Torgau) 10²⁰ B., *1² N., 3⁴⁰ N., 7²¹ N. 10⁰⁹ N.
Thüringen: 3⁴ B., 5⁴⁵ B., *7⁵⁵ B., D 9⁵⁹ B., 10²³ B., *10⁴⁸ B. (nach Stuttgart u. München), *11²⁷ B., 1¹⁰ N., 2²² N., 5⁵⁹ N., 7²⁰ N., (nur Werktags und nur bis Merseburg) 3—4, *7⁴¹ N. (nach Eisenach und München), 11⁷ N. (bis Erfurt), D 11⁵⁷ N.	**Thüringen:** *3⁵⁴ B. (v. München), D 4²² B., 5⁸⁸ B. 3—4 (nur Werktags und nur von Merseburg) 6⁴⁸ B. (von Erfurt), *9⁸ B., 10⁵⁷ B., 1¹⁶ N., 2¹¹ N., 5¹¹ N., *5⁵⁰ N., *8¹⁹ N. (von Stuttgart und München), 8⁸⁶ N., D 9⁴⁸ N., 12¹⁶ N.

* bedeutet Schnellzug 1—3 Kl., D Schnellzug 1—2 Kl. mit Platzgebühr; wo nichts angegeben, Personenzug mit 1. bezw. 2—4. Kl.

200 000 Mark. Zu wenigen Tagen Ziehung! Meyer Dombau-Geld-Lotterie!

Loose à 3 Mk. 30 Pf. versendet die Verwaltung der Dombau-Geld-Lotterie in Metz. Porto u. Liste 20 Pf. anfügen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847518-18960131035/fragment/page=0001

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. 11½ Uhr.

☊ Berlin, 29. Januar.

Die zweite Etatsberathung wird bei dem Spezialetat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Beim Titel „Versicherungs-Revisoren" bekämpft Abg. Lüchhoff (ftcon.) die im Reichstage ausgesprochene Forderung um nachträgliche Behandlung der ausländischen, namentlich der amerikanischen Versicherungs-Gesellschaften.

Abg. v. Tzschoppe (ftcon.) bittet den Minister, bei Bedarf an statistischem Material sich zunächst an das Statistische Bureau zu wenden, anstatt Erhebungen bei allen Gemeinde-Verwaltungen zu verlangen.

Beim Kapitel „Landräthliche Behörden" bringen die Abgg. Rudolphi und Brandenburg (Ctr.) Klagen über Verletzung der Parität vor.

Minister v. d. Recke. Die ja sehr maßvoll vorgetragenen Beschwerden möchte ich doch mit thatsächlichem Material zu belegen bitten. Von den vorhandenen 283 Regierungsreferendarien sind 31, von den 600 Assessoren 53 katholisch, also 12 Prozent. Von den Landräthen sind 13⅓ Prozent katholisch. Bei der Zulassung der Referendare spielt die Konfession der Bewerber überhaupt keine Rolle.

Abg. v. Eynern (ntl.): Wir werden nach den gehörten Zahlen vielleicht jetzt nöthig haben, eine Kommission gegen Verletzung der Parität gegen Evangelische einzusetzen.

Abg. Dasbach (Ctr.): Man verwechselt bei dem Zahlenmaterial Ursache und Wirkung. (Widerspruch.) Weil seit langer Zeit die katholiken zurückgesetzt werden, darum wählen sich die Söhne katholischer Familien nicht dem Studium. (Unruhe.) Redner führt zahlreiche Einzelfälle an, wo bei dem Vorhandensein katholischer Kandidaten dem evangelischen der Vorzug gegeben wurde, obwohl die Bevölkerung überwiegend katholisch war.

Abg. v. Kröcher (kons.): Wir haben vielfach katholische Bürgermeister in evangelischen Orten. Die Leute fragen dort gar nicht nach der Konfession, sondern nur, ob der Mann tüchtig ist. Machen Sie es auch so! (Bravo!)

Abg. v. Eynern (ntl.) führt Fälle an, wo in evangelischen Orten katholische Beamte fungiren. Das Centrum ist eben nicht zufrieden zu stellen.

Abg. v. Heereman (Ctr.): Es liegt nach der jahrelangen Unterdrückung der Katholiken im Gefühl, daß solche verfassungswidrige Parität-Verletzungen vorkommen. Wir erkennen gern an, wenn evangelische Beamte unsere Rechte respektiren. Aber diese Beschwerden müssen wir vorbringen.

Die Abgg. v. Kardorff und v. Tiedemann-Labischin (ftcon.) und Dr. Friedberg (ntl.) bedauern diese Debatte. Wollte man versuchen, mit den hier angegebenen Ziffern bei den Evangelischen Eindruck zu machen, wir würden ausgelacht werden.

Auf Befragen erwidern die Minister Miquel und v. d. Recke, daß eine Erhöhung der Dienstaufwand-Entschädigung der Landräthe in Aussicht genommen ist.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Es folgt der landwirthschaftliche Etat.

Abg. v. Heydebrandt (kons.) fragt, welche Mittel die Regierung anzuwenden gedenkt, um der Landwirthschaft zu helfen? Der Minister steht offenbar mit ganzem Herzen der Noth der Landwirthschaft gegenüber, aber es scheint doch, daß ihm das wahre Verständniß für die bedrohte Lage der Landwirthschaft fehlt. (Sehr richtig! rechts.) Die Lage ist sehr ernst; erfolgt nicht bald Abhilfe, so ist der Bankerott unausbleiblich. Den Antrag Kanitz hat die Regierung abgelehnt. Was gedenkt sie nun zu thun? Wir erwarten eine Erklärung, welche das Vertrauen zur Regierung bei den Landwirthen wieder festigt, das uns nicht hätte genommen werden sollen. (Beifall rechts.)

Abg. Ring (kons.): Von besonderer Gefährlichkeit für die Verbreitung der Viehseuchen ist der Berliner Viehhof. Sehr groß ist die Einschleppungsgefahr bei den Güsertransporten aus Rußland.

Abg. Graf Strachwitz (Ctr.): Der Bund der Landwirthe, dem ich angehöre, soll seinen Mitgliedern zum Bewußtsein bringen, was die Landwirthe für einen Einfluß in der Gesetzgebung haben könnten, wenn sie einig wären. Nach Ablehnung des Antrages Kanitz frage ich nun die Regierung, was sie zu thun gedenkt? Die Währungsfrage ist heute brennender, denn je. Meine frühere Behauptung, daß die Handelsverträge die Wirkung eines verlorenen Krieges haben, halte ich aufrecht.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (kons.): Es scheint, als ob die Regierung uns hier Monologe halten lassen will. (Sehr richtig!) Wir wollen den Minister nicht angreifen, obwohl seine Haltung im Reichstage uns dazu Veranlassung geben könnte. Wir stehen in Treue zur Regierung und wünschen unsere Ziele gemeinschaftlich mit derselben zu erringen. Herrscht etwa noch die Anschauung Caprivi's, daß Deutschland ein Industriestaat werden müsse? Der Nothstand droht das Kapital an monarchistischer Gesinnung zu vernichten, das im Osten so fest aufgespeichert lag.

Landwirthschaftsminister von Hammerstein: Den Vorwurf, die konservative Partei Monologe halten zu lassen, weise ich zurück. Der Regierung liegt nichts entfernter, als mit den Konservativen in Widerspruch zu gerathen, sie wünscht mit denselben und den Mittelparteien zusammenzugehen. Wenn auch die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind, so habe ich doch schon früher gesagt, daß ein gefahrdrohender Nothstand für die Landwirthschaft in verschiedenen Theilen des Landes vorliegt. Die Regierung ist entschlossen, demselben mit allen durchführbaren und zweckmäßigen Mitteln entgegenzutreten (Bravo! rechts.) Allerdings hat die Regierung darauf zu achten, daß alle produktiven Stände in ihren Interessen geschützt werden. (Sehr richtig! links.) Ein Mittel, die Getreidepreise von heute zu morgen zu heben, finde ich nicht. Die Bezeichnung der „kleinen Mittel" ist mir recht zuwider; die Mittel sind gar nicht so klein. Ich habe die Handelsverträge nicht gebilligt, muß aber mit ihnen rechnen. Ein Gegner des Bundes der Landwirthe bin ich nicht, ich kann nur wiederholen, was ich im Reichstage sagte: Die Durchführung des Antrages Kanitz ist unmöglich. Die Quarantänegesetz scheint mir nicht zu kurz bemessen. Der beste Wille zu helfen, ist bei der Regierung vorhanden; mehr von ihr zu fordern, sind Sie nicht berechtigt. (Bravo!)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. (Lehrer-Besoldungs- und Pensionsgesetz.)

Kleine Chronik.

* **Hannover**, 29. Januar. (Er will nicht mehr hungern.) Succi, der im Odeon hierselbst 20 Tage hungern wollte, hat die Sache satt gekriegt. Das Publikum zeigte einen derartigen Mangel an Interesse für seine Magen-Trainirung, daß er das Experiment nach einigen Hungertagen wieder einstellte. Ohne eine klingende Anerkennung macht schließlich auch das schönste Hungern kein Vergnügen.

* **Altenburg**, 29. Januar. (Diamantene Hochzeit.) In Großfröbnitz feierte der Handarbeiter Georg Tänzer mit seiner Ehefrau das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Mann und Weib stehen im 84. Lebensjahre und sind noch rüstig und gesund.

* **Ratibor**, 29. Januar. (Duell.) In dem am Bahnhof zu Kandrzin gelegenen Walde fand ein Pistolenduell zwischen den Seconde-lieutenants B und v. B von dem in Greifswald garnisonirenden pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 ehrenhalber und dem stud. med. Kaschny aus Kosel andererseits statt, und zwar unter scharfen Bedingungen. Der Student wurde am rechten Unterschenkel verwundet. Die beiden Offiziere sind von Kaschny, der bisher an der Universität Greifswald studirte, beleidigt worden. Seine beiden Gegner reisten nach dem Duell sofort nach Greifswald zurück.

* **Krotoschin**, 29. Januar. (Eine seltene Auszeichnung) ist durch den Kaiser einem armen jugendlichen polnischen Dienstmädchen verliehen worden, nämlich die Rettungsmedaille am Bande der kaum 16jährigen Marianna Sorz zu Salnia. Aus dem brennenden Wohnhause ihrer Dienstherrschaft hat sie im vorigen Frühjahr unmittelbar vor dem Zusammensturz des Hauses ein in der Wiege liegendes, von den eigenen Eltern in der Aufregung vergessenes Kind gerettet; in der Wiege glimmten schon die Kissen. Auch eine Belohnung in Geld ist ihr geworden. — Hoffentlich trägt diese ganz außergewöhnliche Handlung und Auszeichnung dazu bei, die Zukunft der muthvollen Retterin dauernd zu bessern. Dienstboten, welche für ihre Herrschaft das Leben einsetzen, sind nicht zahlreich.

* **Stargard**, 29. Januar. (Zu Wasser geworden.) Die „Starg. Ztg." schreibt: „Für die hoffenden Erben der sogenannten Brandtschen Millionen-Erbschaft dürfte es von besonderem Interesse sein, zu erfahren, daß Karl Stange in Como an der Straße, der Vertrauensmann einer großen Anzahl von „Erben", seit dem 8. d. M. spurlos verschwunden ist. Ob der Verschwundene Andere geschädigt hat, ist noch nicht aufgeklärt. Nur eins steht fest, daß mit dem Verschwinden auch die letzte Hoffnung dieser armen Leute, die so manches Spargroschen zur Hergabe von Abmachungen 2c. geopfert haben, zu Wasser geworden ist.

* **Marburg**, 29 Januar. (Erstickt.) Bei dem Festessen, welches anläßlich der Feier von Kaisers Geburtstag vorgestern in Horas bei Fulda veranstaltet wurde, erstickte der Bürgermeister Peter an einem im Hals steckengebliebenen Stück Braten. Nach einer halben Stunde trotzdem der Tod ein.

* **Dortmund**, 29 Januar (Messerhelden.) In der vergangenen Nacht wurden mehrere auf der Straße stehende Arbeiter von des Weges kommenden Burschen angerempelt und mit Messern gestochen. Einer von ihnen wurde getödtet, ein zweiter lebensgefährlich verletzt. Die Thäter sind verhaftet.

* **Kurzel**, 29. Januar (Unliebsame Familienscene.) Der französische Lieutenant Michel besuchte seine von ihm geschiedene, mit ihrer kleinen Tochter bei ihren Eltern, dem Rentner Girard, lebende Frau, um seine Tochter zurück zu holen. Trotzdem der Schwiegervater mit dem Revolver dem sich widersetzte, gelang es dem Lieutenant dennoch, sich seiner Tochter zu bemächtigen und mit ihr per Droschke schleunigst der Grenze zuzufahren. Frau Michel ist als Wohlthäterin der Armen sehr geschätzt, die Aufregung über diesen Vorfall ist daher in unserm Ort eine sehr tiefgreifende. Der Schwiegervater fuhr mit der Frau Michel dem Entführer sofort nach Metz nach, bekam jedoch nichts mehr von ihm zu sehen.

* **Palermo**, 29 Januar. (Beraubung einer Madonna.) In der Kirche della Gancia hierselbst wurde das Bild der Madonna Assunta benaubt. Dieses Muttergottesbild gehörte zu den am reichsten ausgestatteten in ganz Italien. Es heiligt 30 Paar echte Brillantohrringe, von denen das schönste 800 Lire gekostet hatte, viele goldene Armbänder, eine goldene Remontoiruhr, eine goldene Kette, eine silberne Krone und viele andere Schmuckgegenstände, die ihr alle von Gläubigen geschenkt worden waren. Noch reicher ist der Jesusknabe dieser Madonna ausgestattet. Die Kirchenräuber vergriffen sich aber nur an der Madonna selbst. Sie rissen ihr die Krone vom Haupte, wobei auch die Haare mit abgingen, und eigneten sich auch alle ihre übrigen Schmucksachen im Werthe von etwa 20 000 Lire an. Die Polizei hat zwei Novizen des Klosters della Gancia als des Diebstahls verdächtig in Haft genommen.

* **Paris**, 29. Januar (Selbstbäßung.) Der verrückte Schneider Deparcieux in Lyon baute sich eine richtige Guillotine, stellte sie in seinem Keller auf, legte sich auf das Fallbrett und ließ das Beil fallen. Nachbarn fanden seine Leiche auf dem Rücken liegend, seinen Kopf in einem hinter der Guillotine aufgestellten Korbe. Er hatte sich auf der Rücken gelegt, um noch das Beil fallen zu sehen.

Marktbericht.

Donnerstag, den 30 Januar.

Eier pro Mandel	1,15—1,20 Mk.		Pflaumenmus p. Pfd.	0,20—0,25 Mk.
Butter pro Pfund	1,00—1,30 „		Birnen pro Mandel	0,25—0,85 „
Zwiebeln pro 5 Liter	0,30—0,35 „		Aepfel pro Mandel	0,20—0,80 „
Kartoffeln pro 5 Liter	0,20—0,25 „		Hasen pro Stück	3,25 „
Rothe Rüben p Mdl.	0,30—0,35 „		Wilde Kaninchen Stück	1,10—1,20 „
Mohrrüben p. Mandel	0,10 „		Fasanen pro Stück	2,75—3,80 „
Wirsingkohl p. 2 Stück	0,15 „		Aale lebend pro Pfd.	1,50 „
Rothkohl pro 2 Stück	0,20—0,40 „		Hechte lebend pro Pfd.	0,90 „
Weißkohl pro 2 Stück	0,20—0,50 „		Karpfen leb. p. Pfund	0,85 „
Sellerie pro 2 Stück	0,10—0,15 „		Schleie lebend pro Pfd.	1,40 „
Rosenkohl pro Liter	0,25 „		Barsche pro Pfund	0,25 „
Blumenkohl pro Stück	0,25 0,40 „		Weißfische pro Pfund	0,18—0,20 „
Berliner Kohlrüben p Mandel	0,75—1,20 „		Zander pro Pfund	0,80 „
Eng Schnittbohn. Pfd.	0,20 „		Schlöfische pro Pfund	0,25—0,30 „
„ Preßelbeeren Pfd.	0,30—0,40 „		Kabliau pro Pfund	0,35 „
Sauerkraut p. 2 Pfund	0,15 „		Schollen pro Pfund	0,80—0,85 „
Honig in Waben p. Pfd.	1,30 „		Grüne Heringe 3 Pfd.	0,25 „

Der Markt war außerdem noch mit Geflügel und Rehwild besetzt.

Bitte unterschreiben, ausschneiden u. einsenden,

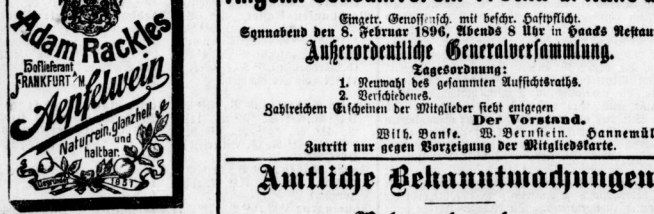
sonst Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

An die Stahlwaaren- und Waffenfabrik

C. W. Engels in Graefrath bei Solingen.

Unterzeichneter Abonnent des „General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis" ersucht um Zusendung eines Probe-Rasiermessers wie Zeichnung mit schwarzem Heft

Nur 1 Mk. 50 Pf. per Stück. Magnetisch.



5 Jahre Garantie!

Nachstehendes Magnetisiren u. Abziehen alter Rasiermesser 60 Pfg. pr. Stück.

Ständiges Waarenlager für über 200000 Mk.

Nr. 53, fein hohlgeschliffen, von prima magnetischem englischen Silberstahl, abgezogen, zum Gebrauch bereit, und verpflichtet sich, das Messer innerhalb 8 Tagen zu retourniren oder den Betrag dafür einzusenden.

Ort und Datum (recht deutlich): Name und Stand (leserlich):

Erstes und einziges wirkliches Fabrik-Geschäft am Platze, welches, außer an Grossisten und Detaillisten, auch direkt an Private versendet und zwar Alles zu Engros-Preisen.

300 Arbeiter. Filiale in Eger (Böhmen). Jedes Messer mit Garantiestempel.

Auf Wunsch sämmtliche Rasir- und Taschenmesser sowie Scheeren 2c. **ohne Preiserhöhung** magnetisch.

Illustrirtes Preisbuch meiner sämmtlichen Fabrikate versende umsonst und portofrei.

Gemahl. Zucker à Pfd. 24 Pfg.,

Ia. Bohnen	à Pfd.	13 ₰
Ia. Erbsen	„ „	12 „
Ia. Linsen, kleine	„ „	10 „
Ia. Mischobst	„ „	25 „
Ia. Harzkernseife, Riegel		40 „
Ia. Oranienburger,		44 „
Ia. Fasseseife	à Pfd.	20 „
Ia. Stärke	„ „	22 „

Kaffee u. Cacao gar. rein a Pfd. von 1,40 an. Besser u. billiger als in jedem Consumgeschäft.

Otto Bornschein, nahe am Markt, Kaffee- u. Cacao-Versandt-Geschäft. Brüderstr. 3,

Allgem. Consumverein Trotha b. Halle a. S.,

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Sonnabend den 8. Februar 1896, Abends 8 Uhr in Haacks Restaurant

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des gesammten Aufsichtsraths.
2. Verschiedenes.

Zahlreichem Erscheinen der Mitglieder sieht entgegen

Der Vorstand.

Wilh. Banse. W. Bernstein. Hannemüller.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf § 8 des Reichs-Impf-Gesetzes vom 8. April 1874 werden die Herren Aerzte, welche in dem vergangenen Jahre Impfungen ausgeführt, die Impflisten indeß noch nicht eingesandt haben, ersucht, letztere nunmehr innerhalb 14 Tagen an die Polizei-Registratur, Zimmer Nr. 59, gelangen zu lassen.

Halle a/S., den 23. Januar 1896.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Herr Loesch, Große Ulrichstraße 36, ist zum Armenpfleger im 6. Armen-Bezirk gewählt.

Halle a. S., den 24. Januar 1896.

Die Armen-Direktion.
Zerniel.

Bekanntmachung.

Die Auction der verfallenen, bei dem unterzeichneten Leihamte im Monat November 1894 versetzten und erneuerten Pfändern, welche die Pfandnummern von 48021 bis 53640 tragen und über welche die Pfandscheine in gelbem Druck ausgestellt sind, wird

Donnerstag den 13. Februar d. Js. und an den darauf folgenden Tagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von ½3 bis ½5 Uhr im Auctionszimmer des Leihhauses, an der Marienkirche Nr. 4 abgehalten werden.

Zur Versteigerung gelangen Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silber-Gegenstände wie Ketten, Ringe, Löffel u. s. w., ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle a. S., den 15. Januar 1896.

Das Leihamt der Stadt Halle a. S.

Bekanntmachung.

Mit dem 31. März d. J. läuft das mit einem Konsortium von 4 Versicherungsgesellschaften wegen der **Versicherung der städtischen Gebäude und Mobilien gegen Feuers- und Explosionsgefahr** auf die Dauer von 5 Jahren eingegangene Vertragsverhältniß ab. Zwecks Abschlusses eines neuen Versicherungsvertrages auf eine gleiche Dauer erscheint wir hiermit um gefällige **Abgabe von Angeboten.**

Die Versicherungssumme beträgt zur Zeit 12,232,362 Mark und setzt sich zusammen in Ansehung:

		a. der Gebäude	b. der Mobilien
aus Objekten einfacher Gefahr mit		7,421,833 M	910,274 M
„ „ erhöhter „	„	2,641,292 „	1,258,963 „
		10,063,125 M	2,169,237 M

12,232,362 M

In den Angeboten sind die Prämien getrennt für Objekte einfacher und für solche erhöhter Gefahr zu fordern und, falls wegen der letzteren Objekte verschiedene Gefahrenklassen zu bilden sind, auch hierfür die Sätze besonders anzugeben. Die Angebote sind ferner versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebot auf die Versicherung der städtischen Gebäude und Mobilien gegen Feuersgefahr" versehen bis zum

31. Januar d. J., Abends 6 Uhr

im Stadtsekretariat (Rathhaus, Zimmer Nr. 30) niederzulegen, woselbst auch Verzeichnisse über die einzelnen Versicherungsobjekte entnommen werden können.

Halle a. S., den 14. Januar 1896.

Der Magistrat.
Staude.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs der Königlichen Universitäts-psychiatrischen und Nerven-Klinik zu Halle a. S. für das Rechnungsjahr 1. April 1896 bis 31. März 1897 an: ca. 14000 kg Brot, 9500 kg Semmel, 1000 kg Weizenmehl, ca. 48000 Ltr. Milch, ca. 5000 kg Rindfleisch, 3000 kg Hammelfleisch, 2000 kg Schweinefleisch, 1800 kg Kalbfleisch, 900 kg gebacktes Fleisch, 100 kg Schabefleisch, 90 kg Schweinefett, 700 kg Speck, 500 kg Schinken, 150 kg Rindertalg, 300 kg Pökelknochen, 120 kg Suppenknochen, 500 kg Bratwurst, 160 kg Cervelatwurst, 850 kg frische Wurst, 30 kg Kalbszunge, 150 kg Rinderzunge, 120 kg Kalbsleber, 210 kg Rindsleber, 20 Stück Kalbsgehirne, ca. 2000 kg Glanzseife, 650 kg Harzkernseife, 600 kg Talgkernseife, 400 kg Bohnerwachs, ca. 2600 kg Tafelbutter (prima), 750 kg Kochbutter, ca. 750 Schock Eier, 25 Schock Handkäse, ca. 28000 kg Kartoffeln, 400 Stück Apfelsinen, 420 Stück Citronen, ca. 40 kg Lachsschinken, 220 Stück Bücklinge, 250 kg Backobst, 600 kg weiße Bohnen, 85 kg Cichorie, 800 Ltr. Essig, 900 kg geschälte Erbsen, 160 kg ungeschälte Erbsen, 50 kg Fadennudeln, 360 kg Gries, 280 kg Graupen, 280 kg saure Gurken, 4400 Stück Heringe, 110 kg Hirse, 900 kg Kaffee, 500 kg Sauerkohl, 500 kg Linsen, 40 kg Maccaroni, 150 kg Mostrich, 700 kg Reis, 25 kg getrockn. Prünellen, 70 kg Perlsago, 750 kg Salz, 40 kg Sirup, 750 kg Würfelzucker, 500 kg gemahlen. Zucker, ca. 1700 kg Soda, 750 Ltr. Petroleum, 150 Packete schwed. Streichhölzer, ca. 120 Ltr. Weißbier, 5000 Flaschen Lagerbier soll im Wege des Unterbietungsverfahrens am

Donnerstag den 20. Februar d. J., Vorm. 9½ Uhr

in der Klinik am Mühlrain 7 vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden, doch können dieselben auch schon vorher im Bureau der Klinik eingesehen werden.

Die Direktion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847518-18960131035/fragment/page=0002